

Basler Zeitung, 19.10.2005

DER BAZ-GAST: PROFESSOR OLIVER LANDMANN*

Grosse Koalition hat keine gemeinsame Basis



Deutschland wird nach der Bundestagswahl vom 18. September von einer grossen Koalition regiert werden. Der aufgestaute Handlungsbedarf, der auf diese Koalition wartet, ist riesig. Die Probleme türmen sich auf dem Arbeitsmarkt, bei den Staatsfinanzen, in der Altersvorsorge, im Steuersystem, im Gesundheitswesen, in der föderalen Organisation des Landes. In allen diesen Systemen wimmelt es von kostspieligen Fehlanreizen, die das Wachstum bremsen und die hohe Arbeitslosigkeit fördern. Die umstrittenen Korrekturen, welche die rot-grüne Regierung in den letzten beiden von ihren insgesamt sieben Jahren eingeleitet hat, gingen zwar in die richtige Richtung. Aber es waren nur erste

Schritte, die ihre Wirkung nicht über Nacht entfalten konnten. Was Deutschland jetzt nötig hat, ist ein grosser Wurf, ein Reformschub, der die vielen aufgestaute Probleme koordiniert angeht und so die Wachstumsbremsen löst.

Fehlender Rückhalt. Ist die grosse Koalition zu einem solchen grossen Wurf fähig? Die dazu erforderliche satte Mehrheit der Stimmen in Bundestag und Bundesrat besässe sie, und an ihrer Spitze wird eine Kanzlerin stehen, die den Handlungsbedarf kennt. Trotzdem sind die Aussichten, dass sich etwas Entscheidendes bewegen wird, nicht gross. Denn dafür fehlt Angela Merkel in ihrer Koalition der nötige Rückhalt. Sie hat ihn nicht einmal in ihrer eigenen Partei. Weite Teile der CDU und CSU glauben, die Lektion des enttäuschenden Wahlausgangs laute, dass die Wähler eine beschleunigte Entkrustung des Systems nicht wollen. In der Tat zeigen Wählerbefragungen, dass es zwar viel grundsätzliche Zustimmung zu einer Vereinfachung des Steuersystems gibt, aber massiven Widerstand gegen fast jede Einzelmassnahme, die dafür zu ergreifen wäre. Jede einzelne Fehlkonstruktion, die der Allgemeinheit vielleicht nur ein bisschen Schaden zufügt, bedeutet für eine Gruppe Direktbetroffener viel Geld und wird entsprechend mit Zähnen und Klauen verteidigt. So bleiben die Verkrustungen erhalten und schaden in der Summe der Allgemeinheit massiv.

Am ehesten erfolgversprechend ist in einer solchen Situation der grosse Wurf, also eine umfassende Reform des Gesamtsystems, die auf Opfersymmetrie achtet und den Nutzen für das grosse Ganze sichtbar macht. Aber selbst damit ist nicht zu vermeiden, dass jedes individuelle Opfer für die Wähler konkret und rasch spürbar wird, während der allgemeine Nutzen, z.B. in Form geringerer Steuersätze oder höheren Wirtschaftswachstums, zunächst abstrakt und unsicher erscheint. Dies macht den grossen Wurf für die Politiker zu einem riskanten Geschäft - besonders dann, wenn

es den Verteidigern des Status quo gelingt, ihren Besitzständen das wohlig-warm klingende Etikett der «sozialen Gerechtigkeit» anzuhängen und die Strategie der Gesamtrenovation als Weg der «sozialen Kälte» und als «marktradikal» zu brandmarken. (Das Schimpfwort der Stunde «marktradikal» hat «neoliberal» ersetzt.)

Fatale Hypothek. Genau dies war das Schicksal des früheren Verfassungsrichters Paul Kirchhof, dessen Ideen für eine umfassende Steuerreform im zurückliegenden deutschen Wahlkampf als unsozial verteufelt und damit zu einer fatalen Hypothek für die Kampagne Angela Merkels wurden. Noch geringer ist der Reformeifer beim anderen Koalitionspartner, der SPD. Deren Stammwähler haben die von Gerhard Schröder angestossenen Reformen nicht goutiert. Viele sind zum neuen Linksbündnis von Oskar Lafontaine und Gregor Gysi übergelaufen und haben damit das Ende von Rot-Grün besiegelt. Für die SPD war Schröders Reformagenda, die «Agenda 2010», nie eine Herzensangelegenheit. Vielmehr schluckte sie diese Kröte nur, weil sie vor drei Jahren in einem Umfragetief mit dem Rücken zur Wand stand. Diese Reformagenda wurde vor allem den eigenen Wählern nicht als ein Projekt verkauft, das um seiner selbst willen Unterstützung verdiente, sondern eben als Kröte, die man schlucken müsse, weil widrige Umstände wie die Globalisierung dazu zwingen. Diese Botschaft erfüllte zwar ihren Zweck, sich die widerwillige Gefolgschaft der Parteibasis für eine Weile zu sichern, aber sie war sachlich falsch und rächt sich heute in Gestalt verbreiteter Reformmüdigkeit und akzentuierter Globalisierungsfeindlichkeit.

Vor diesem Hintergrund dürfen von der grossen Koalition keine grossen Würfe erwartet werden. Vor allem für durchgreifende Korrekturen an der Arbeitsmarktordnung, dem Gesundheitssystem und dem Sozialstaat gibt es keine gemeinsame Basis. Beide grossen Parteien werden taktieren, sich belauern und auf den ersten günstigen Moment warten, um die Koalition platzen zu lassen - in der Hoffnung, die dann fälligen Neuwahlen zu gewinnen und mit einem besser geliebten Partner weiterregieren zu können. Für dieses Katz-und-Maus-Spiel hat sich Angela Merkel mit dem Kanzleramt eine günstige Plattform gesichert. Aber dass die Bundeskanzlerin Merkel die Wähler von ihren Ideen besser überzeugen kann, als es die Kandidatin Merkel konnte, muss sie erst noch beweisen.

* Oliver Landmann ist ordentlicher Professor für theoretische Volkswirtschaftslehre an der Universität Freiburg i.Br. oliver.landmann@vwl.uni-freiburg.de